Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (ausschließlich an der vierspaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur vorherige von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 7

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 RM (inklusive 30 Pfennig Post 2,50 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 1, Fernruf 17 209. Postscheckkonto: Dresden 18 000. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde

7. Jahrgang — Dresden, Freitag den 19. Juni 1931 — Nummer 117

Polizeisäbel im Rathaus!

Terror zur Sicherung des Dresdner Hungeretats

KPD-Fraktion wird mundtot gemacht / SPD läßt Tribüne räumen

Dresden, von 19. Juni.

Gestern abend kam es bei der Etatberatung des Hungerhaushalts im Dresdner Rathaus zu unerhörten Vorfällen. Als der Etat des Wohlfahrts- und Jugendamtes zur Debatte stand, der naturgemäß außerordentlich starkes Interesse bei den zahlreichen Zuhörern erweckte, leisteten sich die Ratsparteien eine unerhörte Provokation gegen die kommunistische Fraktion. Während die Nazis, die nur 4 Mandate besitzen, 2 Redner stellen durften, würgte man nach der Rede des Genossen Neuhof die Debatte ab, um zu verhindern, daß ein zweiter Redner der kommunistischen Fraktion zu Worte kam. Hatten die Ausführungen des kommunistischen Redners den stürmischen Beifall der Tribüne gefunden, auf der sich zahlreiche Erwerbslose befanden, so löste diese Provokation einen ungeheuren Sturm der Empörung bei den Zuhörern aus. Als Genosse Schrapel im Auftrag der KPD-Fraktion Protest gegen diese brutale Vergewaltigung der einzigen Vertreter der hungernden Erwerbslosen und der Jungarbeiter erhob, versuchte ihn die bürgerlich-sozialdemokratische Meute niederzubrüllen. Die Tribüne beantwortete das mit stürmischen Sympathiekundgebungen für die kommunistischen Stadtverordneten. Der sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher Dölitzsch ließ die Polizei auf die Tribünenbesucher los. Zum Zeichen des Protestes erklang die „Internationale". Daraufhin zogen einige Polizeibeamte blank und hieben mit den Säbeln auf die Hungernden ein. Während derselben Zeit tobte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, der als Polizeidenunziant bekannte Rösch, im Wandelgang herum und schrie: „Wenn unsere Beamten zu schlapp sind gegen die Kerle, dann müssen eben andere geholt werden." Mit Polizeigewalt war die Tribüne also geräumt worden. Jetzt wollte man den Hungeretat, der der Diktaturverordnung Brünings restlos angepaßt ist, ohne die Kontrolle der Oeffentlichkeit durchpeitschen. Hiergegen protestierte allein die KPD-Fraktion, deren Vertreter, die Genossen Schneider und Werner, die Brutalitäten gegen die Tribünenbesucher geißelten. Die Sozialdemokraten ließen durch ihren Vorsteher erklären, daß sie vollkommen die Räumung der Tribünen deckten, und Dölitzsch kündigte darüber hinaus eine neue Verschärfung der Tribünenbesuchsfrage an. Als bei der weiteren Beratung des Etats der Vertreter der kommunistischen Fraktion das Wort ergreifen wollte, schrien die bürgerlichen Abgeordneten ihn nieder. Sie fühlten sich stark unter dem Schutz

der Polizeisäbel, die von den Sozialdemokraten zu ihren Gunsten in Tätigkeit gesetzt worden waren. Gegen 11 Uhr flog die Sitzung endgültig auf.

Der Diktatursäbel im Dresdner Rathaus herrscht unter Assistenz der SPD. Er ist gegen die Dresdner Arbeiterschaft, gegen die Erwerbslosen, Fürsorgeempfänger und Jungarbeiter gerichtet. Die werktätigen Steuerzahler werden diese brutale Vergewaltigung ihrer Fürsprecher, der kommunistischen Stadtverordneten, nicht vergessen. Ihr Protest wird den nationalsozialistisch-bürgerlich-sozialdemokratischen Block der Hungerdiktatur in den Ohren gellen! (Bericht auf Seite 3)

Am Dienstag – im Herbst — am St. Nimmerleinstag!

Dresden, 19. Juni

„Erreicht die Sozialdemokratie keine Abänderungen in den wesentlichen Punkten, dann stimmt sie am kommenden Dienstag für Einberufung des Reichstags." So erklärte feierlich Arthur Arzt, SPD-Führer Ostsachsens, im Leitartikel der Volkszeitung vom 13. Juni vor kaum einer Woche. Und was ist geschehen? Was vorauszusehen war: Die Notverordnung ist „in den wesentlichen Punkten" nicht abgeändert und die SPD hat am Dienstag gegen die Einberufung des Reichstags gestimmt, die Notverordnung ermöglicht und die Brüningdiktatur gerettet. Offen und kraß steht vor den sozialdemokratischen Arbeitern die Tatsache des neuen ungeheuerlichen Volksverrats der SPD.

Was nun, Herr Arzt?

Nun ist es den Arzt und Edel und Weckel und Grötzsch schwül zu Mute. Die sozialdemokratischen Arbeiter, schon tief enttäuscht vom SPD-Parteitag in Leipzig, rebellieren immer stärker. Die große Mehrzahl rebelliert zunächst in passiver Form und kommt überhaupt nicht in die Mitgliederversammlungen. Ein wachsender Teil der Mitglieder läuft Sturm gegen die ehemals phrasen-„linken", heute offenen rechten SPD-Führer Dresdens. Die Uebertritte aus der, mit dem Kapitalismus unlöslich und unabänderlich verquickten SPD zur Kommunistischen Partei, haben eingesetzt. Es ist klar, daß diese Entwicklung sich jetzt erheblich verstärken muß, wo die Vertröstung auf den vergangenen Dienstag sich drastisch als bewußter Betrug erwiesen hat.

Was tun politische Betrüger in einer solchen, für sie verzweifelten Lage? Sie versuchen es mit einem neuen Betrug. So machen es auch die Dresdner SPD-Führer, aber in besonders plumper Weise. Der neue Schwindel ist nämlich der alte, nur neu frisiert. Als Friseur ist der Volkszeitungs-Redakteur Grötzsch ausersehen.

In der gestrigen Volkszeitung veröffentlicht Grötzsch einen Artikel. Und wie meint ihr, lautet die Ueberschrift? Sie lautet: „Und im Herbst?!" Nach der geplatzten Vertröstung des Arzt, auf „kommenden Dienstag" kommt jetzt die betrügerische Vertröstung des Grötzsch auf den kommenden Herbst!

Na was wird im Herbst sein? Grötzsch schreibt:

„Die Notverordnung belastet die breiten Massen einseitig und ihr Effekt dürfte sein: Verminderung der Kaufkraft der Massen, verstärkte Wirtschaftsnot, steigende Arbeitslosigkeit, neue Fehlbeträge im Haushalt von Reich Ländern und Gemeinden. Und was wird dann im Herbst? Wir fürchten, daß wir in kurzer Zeit vor derselben katastrophalen Lage stehen wie gegenwärtig und glauben, daß die Sozialdemokratie aus diesem verhängnisvollen Wursteln der bürgerlichen Parteien über kurz oder lang doch andere Konsequenzen wird ziehen müssen als bisher."

„Radikal" was? Nun hat die SPD aber immer wieder geleugnet, daß Brüning die faschistische Diktatur durchführt; sie hat erklärt, daß Brüning ein Schutzwall gegen den Faschismus sei und daß die Nichttolerierung Brünings die faschistische Diktatur bedeute. Was sagt Grötzsch dazu? Er stottert erst: „Wir wollen damit keineswegs die Gefahren verschleiern die eine faschistische Diktatur in Deutschland bedeuten müßte . . . Zu erwägen ist . . . daß sich seit dem Frühjahr manche politischen Gesichtspunkte so verschoben haben, daß manche Fragen anders beantwortet werden können." Welche Gesichtspunkte und Fragen das sind, darüber schweigt sich Grötzsch aus; je dunkler man spricht, desto leichter der Betrug. Und am Schluß kommt der Hauptdreh Grötzschs:

„Der Vorwärts meint . . Die Sozialdemokratie (habe) . . eine „günstige Ausgangsstellung gewonnen" . . . also gut nutzen wir diese günstige Ausgangsstellung, um den Kanzler

Dresdner Polizei haussucht bei Meißner Kommunisten!

(Arbeiterkorrespondenz 1357)

Meißen, den 19. Juni.

Gestern erschien unter Leitung des Kommissars Röllig eine Abteilung Dresdner Kriminalbeamte bei allen Funktionären und bekannten Parteigenossen der KPD, um mit Unterstützung der Meißner Polizei Haussuchungen nach Waffen durchzuführen. Gegen mittag besetzte die Polizei das Parteibüro und nahm auch dort Haussuchungen vor. Die Art des Vorgehens wird dadurch am besten gekennzeichnet, daß sie das Linoleum sowie die Dielen herausrissen. Gefunden wurde nichts.

Zucker 12 Pfennig pro Kilo teurer

Auf Grund der Notverordnung / Hungerdemonstration trotz Schießerlaß!

Die Notverordnung sieht eine Erhöhung der Zuckersteuer von 18,50 Mark auf 21 Mark vor. Damit sollen erneut 110 Millionen Mark aus den Werktätigen herausgeschunden werden. Infolgedessen erfolgt ab sofort eine Verteuerung des Zuckers von 74 auf 86 Pfennig pro Kilogramm, also 12 Pfennig pro Kilogramm. In Berlin sind billigere Zuckersorten um 7 Pfennig pro Pfund (von 29 auf 36 Pfennig), also 14 Pfennig pro Kilogramm verteuert worden.

Köln, 19. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Bauknecht hat gestern in der bürgerlichen Presse eine Erklärung veröffentlichen lassen, in der es heißt: Wenn die Polizei eingreifen muß und die Straße räumt, dann **muß jeder Passant schleunigst sein Leben in Sicherheit bringen,** indem er versucht, in ein in der Nähe liegendes Haus unterzukommen. Nur durch unbedingte Befolgung der Aufforderung der Beamten kann verhindert werden, daß Publikum und Unbeteiligte **verletzt oder erschossen** werden."

Trotzdem kam es gestern abend wieder zu **Demonstrationen in der Severingstraße, auf dem Heumarkt und in der Hohen Straße,** in der sich viele Verkehrslokale für zahlungsfähiges Publikum befinden. Berittene Polizei wurde eingesetzt. Im Rheinviertel, wo ebenfalls Demonstrationen stattfanden, wurde **die Polizei aus den Häusern mit Steinen beworfen.**

Metall-Nachverhandlungen gescheitert

Manöver der Industriellen und DMV-Bürokratie — Streikt gegen jeden Lohnraub!

Die Nachverhandlungen über den Lohnraubschiedsspruch in der Metallindustrie sind gescheitert. Jetzt ist damit zu rechnen, daß der Schandspruch durch den christlichen Gewerkschaftsführer und Reichsarbeitsminister Stegerwald verbindlich erklärt werden soll.

Das Manöver der Reformisten mit den Metallindustriellen verläuft, wenn die Metallarbeiter dies nicht durchkreuzen, programmäßig. Erst wochenlanger Kuhhandel, dann Verlassen der Sitzungen, nachdem der Lohnraub für Hütten- und Gießereiarbeiter von den DMV-Bonzen mit unterschrieben ist, und nach verkündetem Lohnraubspruch: **„Kollegen, wir sind nicht einverstanden, aber wir können nicht streiken, wir sind nicht gewissenlos genug."**

In Wirklichkeit führt die DMV-Bürokratie die Metallarbeiter in ein grauenhaftes Elend und bereitet durch die Abwürgung aller Kämpfe dem Faschismus den Weg.

Die Vertrauensleute des DMV, die in den Generalversammlungen alle „Argumente" der Händler und Teichgräber kennen lernten, können jetzt feststellen, daß die Arbeiterstimme und die RGO zu Beginn der Verhandlungen **mit vollem Recht** betonten: **Vertraut nicht den Bonzen, nur durch Streik kann der drohende Lohnraub abgewehrt werden.**

Das gilt auch jetzt. Die Industriegruppentagung der sächsischen Metallarbeiter auf dem 3. Landeskongreß der RGO stellte in den Mittelpunkt der beschlossenen Aufgaben: Durchführung des Streiks gegen jeden Pfennig Lohnraub. So werden die Lohnräuber, die reformistischen Verräter und die Nazivolksbetrüger geschlagen.